

Chronik der Kriegsfinanzen

Die Regierung hat den Reichstag eine neue Kreditvorlage zugehen lassen, durch die die Aufnahme von Krediten in Höhe von 15 Milliarden \mathcal{M} genehmigt werden soll. Dies ist die zehnte Vorlage dieser Art seit Kriegsbeginn. In welchem Tempo sich die Kreditbewilligungen gefolgt sind, zeigt folgende Zusammenstellung;

August 1914	5	Milliarden
Dezember 1914	5	"
März 1915	10	"
August 1915	10	"
Dezember 1915	10	"
Juni 1916	12	"
Oktober 1916	12	"
Februar 1917	15	"
Juli 1917	15	"
Dezember 1917	15	"

Summe..... 109 Milliarden

Auf die 7. Kriegsanleihe wurden in der Berichtswochenwoche 312,5 Mill. Die Gesamteinzahlung steigt dadurch auf 11 535 Mill., gleich 92,7 % des Zeichnungsergebnisses. Die Darlehnskassen waren für die Zwecke der Anleihe am 23. November mit 137,2 Mill. \mathcal{M} in Anspruch genommen.

Der Ausweis der Reichsbank vom 23. November zeigt wenig Veränderungen gegen die Vorwoche. Der Posten Wechsel und Schatzanweisungen erhöhte sich um 9,7 Mill., während Lombardforderungen und Effekten um fast den gleichen Betrag abnehmen. Der Metallbestand verstärkte sich hauptsächlich durch Silberrückflüsse um 5,5 Mill. Trotz der nur geringfügigen Erhöhung der Anlage erhöhte sich der Notenumlauf um 13,4 Mill., die Summe der Fremdengeelder um 19,4 Mill. An Darlehnskassenscheinen wurden insgesamt 45,9 Mill. \mathcal{R} . in Verkehr gesetzt, darunter 29,3 Mill. aus neuen Krediten, so daß der Bestand der Reichsbank um 16,6 Mill. verringert ist. Ausgeglichen wurden diese Posten durch eine Verflechtung der „Sonstigen Passiven“ um 44,1 Mill. \mathcal{M} .

Nach einer Berliner Meldung soll die Feststellung des Vermögenszuwaches im Reich für den fast dreijährigen Zeitraum vom 1. Januar 1914 bis 31. September 1916 einen 5 Milliarden \mathcal{M} weit übersteigenden Betrag ergeben haben. Da die Kriegsgewinne seit jenem Zeitraum nicht gering anzuschlagen sind, wird die Kriegsgewinnsteuer auch dann ein die Erwartungen übersteigendes Ergebnis haben, wenn keine Erhöhung des Steuersatzes, wie sie von einigen Seiten geplant zu sein scheint, beschlossen wird.

*

Die starken spekulativen Einflüssen die Mark- und Kronenwährung unterliegt, geht aus der Tatsache hervor, daß nach einer Mitteilung des Generalsekretärs der Österreichisch-Ungarischen Bank der Goldpreis in Wien nach der Verhaftung eines berühmtesten Valuten- und Goldspekulanten von 21 000 \mathcal{R} . sofort auf 18 000 \mathcal{R} . und nach drei Tagen auf 15 000 \mathcal{R} . für 1 kg Feingold zurückging.

Der ungarische Staatsvoranschlag für das Jahr 1917/18 zeigt im Vergleich mit dem für 1914/15 folgendes Bild:

(in Mill. \mathcal{R} .)

	1917/18	1914/15	Steigerung
Ordentliche Ausgaben.....	3 016,95	1 878,64	1 138,31
Zeitweilige Ausgaben.....	189,25	150,06	39,18
Anlagen.....	236,48	235,40	1,09
	3 442,68	2 264,10	1 178,58
Ordentliche Einnahmen....	2 926,96	1 953,85	973,11
Außerordentliche Einnahmen	541,94	310,30	231,64
	3 468,90	2 264,15	1 204,75
Aberschuß.....	26,22	0,06	26,16

Vergleiche sind bei den Einnahmen kaum möglich, da der Voranschlag ist unter der Fiktion „normaler Zustände“ aufgestellt ist. Bei den Ausgaben ist zu bemerken, daß die Aufwendungen für Kriegsfürsorge nicht in die Abrechnung aufgenommen sind. Für 1917/18 werden dafür 149,48 \mathcal{R} . genannt, ohne daß erkennbar wäre, ob dies in der Tat der Gesamtbetrag der Aufwendungen sein soll. Die Einkommensteuer soll 50 Mill. \mathcal{R} ., die Vermögenssteuer 32 Mill. \mathcal{R} . erbringen. Die Zinslast beträgt 689,8 Mill. \mathcal{R} .

Die ungarische Kriegsausgabe wurde für die Zeit bis zum 30. Juli 1917 mit 15,6 Milliarden angegeben (1914/15 3,6, 1915/16 5,9, 1916/17 6,7 Milliarden).

*

Der Ausweis der Bank von England vom 22. November zeigt nur geringfügige Veränderungen. Die Regierungssicherheiten stiegen von 58,72 auf 58,74 Mill. £, die übrigen Anlagen von 90,10 auf 91,96. Das Staatsguthaben fiel von 42,23 auf 42,18 Mill., während die Privatguthaben sich von 120,51 auf 122,60 erhöhten. Der Kassenbestand zeigt eine Vermehrung von 55,61 auf 55,86, der Notenumlauf von 42,36 auf 42,47 Mill. £.

Während bisher die Bank von England allein der Regierung die Zahlung der Zinsen auf die Kriegsschuld durch Einräumung von Krediten erleichterte, werden im Dezember die Depositenbanken der Regierung einen Vorschuß von 50 Mill. £ gewähren.

In der zweiten Novemberwoche betragen die Bruttoverkäufe von Schatzwechseln 65,7 Mill. £. Da zugleich 51,6 Mill. £ fällig wurden, belaufen sich die Nettoeingänge des Schatzamts aus diesem Posten auf 13,9 Mill. £, gegen 5,3 Mill. £ der Vorwoche. Die Eingänge aus National War Bonds (13 Mill. £ gegen 14,9 Mill. £) gingen weiter zurück. An kurzfristigen Vorschüssen wurden indessen nur 3,5 Mill. £ aufgenommen. Die ordentlichen Budgeteinnahmen beliefen sich auf 9,7 Mill. £. Davon erbrachte die Kriegsgewinnsteuer nicht weniger als 5,9 Mill. £. Die Gesamtausgaben nach Abzug der zurückgezahlten Schatzwechsel betragen 51,2 Mill. £ gegen 56,9 Mill. £ in der Vorwoche. Der Betrag der ausstehenden Schatzwechsel ist auf 1004 Mill. £ angewachsen (im Vorjahre 1102 Mill. £).

Die Verringerung der Einnahmen aus dem National War Bonds hat den Gedanken nahe gelegt, den Zinssatz für die Bankdepositen, der gegenwärtig 4 % beträgt, herabzusetzen, um eine Umwandlung der Depositengelder in National War Bonds zu bewirken. Von den Gegnern dieser Maßnahme, die schließlich die Oberhand gewonnen haben, wurde eingewandt, daß auch eine Herabsetzung um 1/2 % den gewünschten Effekt nicht haben könnte. Dagegen würde dadurch ein bedenkliches Gefühl des Optimismus und eine unerwünschte Steigerung der heute schon überreifen Spekulationen erzeugt werden. Es ist bezeichnend für die Geldesverfassung der englischen Kapitalisten, daß auch die Times glaubt, eine Herabsetzung der 4 %igen Verzinsung für Siebentagegelder auf 3 1/2 % könne den Verkauf der Bonds nicht wesentlich vergrößern.

Zu den gewaltsamen Mitteln, mit denen man den Absatz der Bonds zu heben gedenkt, gehört die Herabsetzung eines Marktes für die Bonds, bevor ihre Emission noch abgeschlossen ist. Der Stock-Exchange-Ausschuß erließ am 16. November eine Ankündigung, in der der Handel in diesen Bonds autorisiert wird. Der Kurs stellte sich auf 99 3/4 bis 100. Man weist in der City darauf hin, daß es sich statt eines solchen abenteuerlichen Vorgehens empfohlen haben würde, einen Fonds für Stützungskäufe zu bilden.

Aber die Zukunft der englischen Finanzen stellt der Manchester Guardian eine Betrachtung an, in der er zu folgenden Zahlenergebnissen kommt: Ende des nächsten Sommers wird der Zinsendienst auf die Kriegsschuld 300 Mill. £ erfordern, der Übergang zur Friedenswirtschaft wird die Staatsschuld um mindestens 1 Milliarde erhöhen, so daß die Zinsenlast auf 360 Mill. anwachsen wird. Die Friedensausgabe war rund 200 Mill. Zusätzlich der Kriegsschuldzinsen, Pensionen und anderer erhöhter Posten wird also das Budget unter der Voraussetzung, daß der Krieg am 30. Sept. 1918 beendet ist, 600 Mill. £ jährlich übersteigen.

Der Economist widmet dem Ende März von seinem Posten als Gouverneur der Bank von England zurücktretenden Lord Cunliffe einen Nachruf, in dem es heißt: Er ist eine der Figuren, die sich groß abheben werden von der Menge der ziemlich kleinen Personen, die die Geschicke eines großen Volkes in einer großen Krise geleitet haben. Begabt mit unzählbarem Mut und einem Sinn für Humor hat er wie ein Trojaner gekämpft. Es gibt wenig Menschen, die so lange das Maß der Verantwortung hätten tragen können, das der Autokrat von Threadneedle Street auf sich genommen hatte. Vielleicht die wichtigste Arbeit, die er geleistet hat, wenigstens vom Gesichtspunkt der Zukunft aus, ist das Anknüpfen enger Verbindungen zwischen der Bank von England und dem Bundesreservesystem der Vereinigten Staaten. Die City fürchtet, daß der Abgang dieses mächtigen Fechtlers zu einer Ausdehnung der Staatseingemischung führen wird. Aber Lord Cunliffes breites Schwert wird in den Händen von Sir Brien Colahyne durch ein scharfes Rapier ersetzt werden.

Nach dem Ausweis der Bank von Frankreich vom 15. November erhöhte sich die Notenzirkulation um 113,5 Mill. auf 22 348,8 Mill. Frs. Diese beträchtliche Zunahme ist im wesentlichen auf Abhebung von Guthaben zurückzuführen. Die privaten Guthaben gingen nämlich um 93,9 auf 27,11 Mill. zurück, das Schatzguthaben um 2,2 auf 33 Mill. Die Kriegsvorschüsse an den Staat blieben unverändert auf 12 550 Mill. Frs. Die Vorschüsse an die Verbündeten erhöhten sich um 25 Mill. auf 3145 Mill., das Wechselportefeuille stieg um 42,2 auf 735,3 Mill., während die Vorschüsse auf Wertpapiere um 6,9 auf 1128 Mill. zurückgingen. Der Goldbestand vermehrte sich um 1,7 Mill. auf 3293,2 Mill., der Silberbestand ging auf 250 Mill. zurück. Der Goldbestand im Auslande blieb unverändert (2037,1 Mill.), die sonstigen Auslands Guthaben haben sich um 3,7 auf 707,9 Mill. verringert.

Das Budget für 1918, das der Finanzminister Klotz der Kammer unterbreitet hat, umfaßt nur die Zivilausgaben. Die militärischen Aufwendungen sollen wie bisher durch vierteljährliche Kreditbewilligungen gedeckt werden. Von den 263 Mill. Frs., die für das erste Vierteljahr 1918 angefordert werden, entfallen 8639 Mill. auf militärische Ausgaben. Insgesamt sind bisher angefordert worden 111 905 Mill. Frs. (Die beiden ersten Anleihen haben rund 24 Milliarden gebracht.) Der Voranschlag des Herrn Klotz ist reichlich optimistisch. Er setzt für das erste Quartal 1917 eine Monatsausgabe von rund 3 Milliarden an. Der Durchschnitt des Jahres 1917 beträgt aber 3,4 Milliarden, der des letzten Vierteljahres 1917 gar 3,7 Milliarden.

Glaubt Herr Klotz wirklich, trotz der fast mit jedem Monat sich steigender Intensität der Kriegführung nicht nur eine Erhöhung der Ausgaben vermeiden, sondern auch eine Reduktion um monatlich $\frac{3}{4}$ Milliarden bewirken zu können?

Ein Teilbetrag der neuen Kriegsanleihe soll in England zur Zeichnung aufgelegt werden. Nach der „Times“ beträgt der Zeichnungspreis ungefähr 62 $\frac{1}{2}$ %.

Die Depositen bei den wichtigsten Banken und Sparkassen, die im Juli 1914 sich auf 5 800 Mill. Frs. beliefen, werden für Ende Juni 1917 mit 7 700 Mill. Frs. angegeben. In dieser Steigerung spricht sich nichts anderes aus als die fortschreitende Inflation des französischen Geldwesens.

Nach den Angaben Carcanos beliefen sich die Ausgaben des italienischen Schatzamtes vom 1. August 1914 bis 31. August 1917 auf 37 Milliarden, die Einnahmen auf 29 Milliarden. 8 Milliarden mußten also durch Operationen des Schatzamtes beschafft werden. Von den 29 Milliarden, die eingenommen sind, entfallen jedoch nur 11 Milliarden auf budgetmäßige Einnahmen, während 16 Milliarden aus Anleihen stammten. Am 31. August standen an im Ausland begebenen Schatzwechseln 5 400 Mill. Lire aus. Außerdem haben die Vereinigten Staaten Kredite gewährt, die bis zu jenem Zeitpunkt 800 Mill. betragen.

Die budgetmäßigen Einnahmen zeigen in den drei Monaten Juli, August, September eine Zunahme von 354 Mill. gegen die gleiche Zeit des Vorjahres.

Die Kriegskosten Rußlands betragen nach dem „Economist European“ in den ersten drei Jahren des Krieges 37,8 Milliarden Rbl. Sie verteilen sich, wie folgt:

	1914	1915	1916	1917
Krieg	2 208,3	7 486,7	11 395,5	7 666,1
Marine	83,3	406	804,9	563,9
	200,5	832,9	1 526	1 409
	36,7	388	1 050,3	669,4
	17,2	261,3	489,7	344,0
Gesamtsumme	2 546	9 374,9	15 267	10 841,2

Nach einer Petersburger Meldung der Agence Economique wird der Ertrag des See-, Kaffee-, Tabak- und Zündhölzermopols, das am 14. November in Kraft treten sollte, auf 900 Mill. Rbl. geschätzt.

Die Zeichnung der 70 Mill. Gulden niederländischer Schatzscheine ergab nur 46 Mill. Gulden. Bemerkenswert sind in der niederländischen Fachpresse die nicht abtreibenden Diskussionen über die Gold-Inflation des Landes.

Die zweite amerikanische Kriegsanleihe soll 4 617 Mill. \$ ergeben haben. Wieviel Konversionen der ersten 3 $\frac{1}{2}$ % Anleihe (Zeichnungsergebnis nominell 2300 Mill. \$) darin enthalten sind, wird nicht gesagt. Es wird nur berichtet, daß diese Konversionen ziemlich geringfügig geblieben sind, weil nur die erste Anleihe Steuerfreiheit genießt. Dieser Umstand hat auch zu dem seltsamen Ergebnis geführt, daß die 3 $\frac{1}{2}$ % Anleihe an der Börse bisher höher bewertet wird als die 4 % Anleihe. Am 23. November war sie bereits auf 98 $\frac{3}{8}$ gefallen. Der Preis der 3 $\frac{1}{2}$ % hielt sich dagegen auf 99 $\frac{1}{2}$.

Daß das Anleiheergebnis nicht ohne Schwierigkeit auf jene Höhe heraufgeschraubt ist, scheint aus der Meldung hervorzugehen, daß die amerikanische Bankwelt Wilson ersucht habe, das nächste Mal zur Ausgabe kurzfristiger Bonds überzugehen. Vielleicht schrecken auch die Kursrückgänge, die, wie man jetzt auch in Washington einfließt, nicht auf probenische Umtriebe zurückzuführen sind, sondern darauf, daß „die neuen Regierungsemissionen die Kapitalbildung des Landes übersteigen, so daß aller Effektenbestiß verkauft werden muß“ (Kabel des New Yorker Korrespondenten des Economist v. 2. November). Die Stimmung der Geschäftskreise scheint umzuschlagen. Während man bisher den Frieden als Baiffaktor angesehen hatte, er-

kennt man jetzt, daß die goldenen Berge der amerikanischen Wirtschaft vor dem Eintritt des Landes in den Krieg lagen. Die Börsen werden als extremely nervous geschildert.

Da die Zeichnung auf die Kriegsanleihe zu einer Entziehung von Bankdepositen zu führen drohte, haben verschiedene Banken erwogen, den Zinssatz von 3 auf 4 % zu setzen. Gegen diese naive Maßnahme wendet sich ein Rundschreiben des Kontrôleurs der Umlaufsmittel, das die Banken darauf hinweist, daß sie allen Anforderungen durch Diskontierung bei der Bundesreserverbank zu 3 1/2 bis 4 1/2 % entsprechen könnten, und daß die Regierung die eingezahlten Gelder auf Antrag, so lange es irgend möglich sein werde, bei den Nationalbanken stehen lassen werde.

Um den New-Yorker Geldmarkt während der Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe flüssig zu erhalten, hatte der Freiheits-Anleihe-Ausschuß ein Stützungsfonds von 200 Mill. gebildet. Dieser Fonds soll jetzt wieder aufgelöst sein.

Die Zinssätze der Bundesreserverbank von New-York waren im Oktober wie folgt:

Für Wechsel, Noten und Schuldscheine, die durch Bundesreserverbankfähige Papiere gedeckt sind, mit einer Laufzeit von nicht mehr als 15 Tagen vom Zeitpunkt der Diskontierung an	3 %
Für ebensolche mit einer Laufzeit von 15 bis 90 Tagen	4 %
Für landwirtschaftliche Wechsel von 90 Tagen bis 6 Monaten	5 %
Für Wechsel und Schuldscheine, die zum Zweck der Zeichnung auf Anleihen oder Schatzscheine der Vereinigten Staaten diskontiert werden, mit einer Laufzeit von nicht mehr als 90 Tagen	3 1/2 %
Für Handelsakzepten mit einer Laufzeit von nicht mehr als 90 Tagen	3 1/2 %
Für eintägige Vorschussnoten von Mitgliedsbanken, die im Zusammenhange mit den fiskalischen Operationen der Regierung diskontiert werden, und durch Staatsschuldverschreibungen gedeckt sind	2 bis 4 %

Das Kriegssteuergesetz ist am 3. Oktober von dem Präsidenten unterzeichnet worden. Man erwartet daraus eine Steuereinnahme von 2534,9 Mill. im ersten Jahre. Es sollen erbringen:

(in Millionen Dollar)

Einkommen	851,0
Kriegsgewinn	1 000,0
Weine und Spirituosen	193,0
Zigarren	10,0
Zigaretten	21,3
Tabak	30,0
Schnupstaba	1,8
Zigarettenpapier	0,1
Frachtgüter	77,8
Expresgüter	10,8
Fahrkarten	60,0
Pipe lines	4,5
Seats and berths	4,5
Telegraphen	7,0
Versicherung	5,0
Automobile und Motore	40,0
Musikinstrumente, Phonographen	3,0
Kinofilme	3,0
Juwelen	4,5
Sportartikel	1,2
Vergnügungsboote	0,5
Medizinalartikel	3,4
Parfums und Kosmetika	1,9
Raugummi	0,4
Kameras	0,8
Vergnügungssteuer	50,0
Klubsteuer	1,3
Stempelsteuer	29,0
Erbchaftsteuer	5,0
Briefe	70,0
Drucksachen	6,0
Munitionsfabriken	25,0
Gesamtsumme	2 534,9

Sehr bemerkenswert ist die Meldung, daß verschiedene Münzen der Vereinigten Staaten seit Oktober für Gold geschlossen sind. Die Münzbeamten erklären, „der Bedarf an Goldmünzen sei zu gering“. Das Publikum verlange nur Silberdollars und Scheidemünzen. Der Gebrauch von Papiergeld habe sich als weit zweckmäßiger als der von Goldmünzen erwiesen. Die Wiederaufnahme der Goldprägungen sei denn auch in absehbarer Zukunft nicht geplant.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist ein Abkommen getroffen worden, durch das sich die mexikanische Regierung verpflichtet, alle Ausfuhrverbote für die Edelmetalle im Verkehr mit den Vereinigten Staaten aufzuheben. Die Vereinigten Staaten zahlen dafür Ende November 13 Mill. Piaster in Gold, und sodann monatlich 2 Mill. Piaster, unter der Bedingung, daß das Gold nicht wieder ausgeführt wird. Außerdem sollen die Vereinigten Staaten 5 Mill. Silberpiaster gekauft haben. Der Silberbedarf der Union erklärt sich unschwer aus der Notwendigkeit, die an die Westfront entsandten Soldaten mit Münzen zu versehen.

Die Republik Kuba gibt 30 Mill. Piaster 6 proz. in 12 Jahren, spätestens bis Ende 1929 rückzahlbare, durch halbjährliche Auslosung tilgbare Schatzobligationen aus, die in einem von der Regierung zu bestimmenden Zeitpunkt in Stücke der Nationalschuld umgewandelt werden sollen. Kapital und Zinsen erhalten eine Spezialversicherung durch den Ertrag der am 31. Juli 1917 eingeführten Zölle.

Das indische Schatzamt hat in der zweiten Hälfte des Oktober 77,5 Mill. Rupien Schatzwechsel in Kalkutta, Bombay und Madras begeben. Zum Satz von 1 s 5 d für die Rupie umgerechnet, entspricht das Ergebnis rund 5,5 Mill. £.

Auch die Verbündeten Malaya-Staaten haben nach dem Tempel den Wunsch, zur Finanzierung des Krieges beizutragen. Auf Vorschlag des Sultans von Perak, ist eine Leistung von 500 000 £ als Beitrag zu den Ausgaben des britischen Reiches beschlossen worden.

Nach einer Zusammenstellung des Direktors des Statistischen Amtes in Kalkutta beträgt die Preissteigerung gegen Juli 1914 in

Wien	171,7 % (Jan. 1917)	Italien	54 % (Febr. 1917)
Berlin	110,5 % (Nov. 1916)	Kanada	59 % (Mai 1917)
England	104 % (Juni 1917)	Ver. Staat.	41 % (April 1917)
Norwegen	82 % (März 1917)	Neuseeland	26 % (März 1917)
Schweden	70 % (März 1917)	Australien	25,6 % (März 1917)
Dänemark	58 % (Febr. 1917)	Kalkutta	16 % (Juli 1917)
Schweiz	79 % (Mai 1917)		

Die Firma Morris, Imbrie & Co., von der New Yorker Stock Exchange, schätzt in einem ihrer Rundschreiben Volkvermögen, Volkseinkommen und Staatsschuld der vier führenden Staaten wie folgt:

	Ver. Staaten	England	Frankreich	Deutschl.
Volkvermögen (Mill.\$)	230 000	86 000	62 000	76 000
Schuld 1914... (do.)	1 027	3 479	6 343	4 538
Verhältnis der Schuld zum Vermögen (in Prozenten)	0,55	4,03	10,17	6,34
Schuld 1917... (Mill.\$)	7 000	24 000	20 000	26 000
Verhältnis der Schuld zum Vermögen (in Prozenten)	3,04	27,90	32,25	34,20
Volkseinkommen (Mill.\$)	40 000	12 500	6 000	11 000
Verhältnis der Schuld zum Einkommen (in Prozenten)	17,50	192,—	333,34	236,27